

Engadiner Post

POSTA LADINA

Amtliches Publikationsorgan des Kreises Oberengadin und der Gemeinden Sils/Segl, Silvaplana, St. Moritz, Celerina, Pontresina, Samedan, Bever, La Punt Chamuesch, Madulain, Zuoz, S-chanf, Zernez, Susch, Ftan, Ardez, Scuol, Tarasp, Samnaun

Jagd Beute machen ist eines. Diese dann in der Küche fachgerecht zubereiten etwas anderes. Die EP/PL hat sich bei Jägerinnen und Jägern umgehört. **Seite 9**

Schlarigna Ils solarins da Schlarigna han tschüff d'incuort visita da la pulizia. Cun instrucziuns ed exercizis han els imprais il güst cumportamaint sün via. **Pagina 7**

Medical Camp Die St. Moritzer Ärztin Kathrin Hagen greift selbst in ihrer Freizeit zum Skalpell. Dann beispielsweise, wenn sie in Nepal in einem Hilfsprojekt engagiert ist. **Seite 5**



Müssen die Zweitwohnungsbesitzer schon bald anders kalkulieren? Der Entscheid, ob eine Zweitwohnungssteuer rechtens ist, dürfte das Bundesgericht nächstens fällen. Foto: shutterstock.de/Wrangler

Pflegenotstand!

...oder jetzt doch nicht?

Die beschleunigte demografische Alterung der Bevölkerung geht mit einem Mehrbedarf an Pflegeleistungen einher. Das Problem: Es ist nicht einfach, Pflegepersonal zu rekrutieren.

MADLAINA NIGGLI

Eine Studie des Schweizerischen Gesundheitsobservatoriums zeigt, dass in Zukunft die Zahl pflegebedürftiger Menschen zunehmen wird. Gemäss den Bevölkerungsstatistiken des Bundesamtes für Statistik (BSF) wird sich der Anteil an über 65-jährigen Menschen rapide erhöhen. Laut der Statistik wird dieser zwischen 2010 und 2030 von 17 auf 24 Prozent wachsen. Im Jahre 2060 muss davon ausgegangen werden, dass dieser Anteil auf 28 Prozent ansteigt. Da die Lebenserwartung voraussichtlich steigen wird, wächst der Anteil jener Menschen, die auf Pflege angewiesen sind. In diesem Fall wäre im Jahre 2030 mit rund 170000 Pflegebedürftigen zu rechnen. Diese Gegebenheit hat zur Folge, dass immer mehr Pflegepersonal gebraucht wird. Laut Hochrechnungen werden bis im Jahre 2020 zusätzlich um die 25000 Fachkräfte benötigt. Das Problem: Bereits heute besteht schweizweit ein Rekrutierungsproblem beim Pflegepersonal und daher müssen immer mehr Fachkräfte aus dem Ausland hergeholt werden. Mehrheitlich aus den Ostländern. Die «Engadiner Post/Posta Ladina» geht dieser Frage auf den Grund und fragt bei den Engadiner Gesundheitsinstitutionen nach, wie die Situation im Tal aussieht. **Seite 5**

Raubzug oder gerechtfertigte Abgabe?

Unterschiedliche Ansichten zur Zweitwohnungssteuer

Die Lenkungsabgabe für Zweitwohnungen ist heiss umstritten. Das zeigte auch eine Fachtagung in Zürich. Das Bundesgericht wird sich nächstens zu dieser Frage äussern müssen.

RETO STIFEL

Für die Zweitwohnungsbesitzer ist klar: eine zusätzliche Steuer auf ihren

Feriedomizilen kommt nicht in Frage. Anlässlich einer Fachtagung in Zürich äusserte sich Heinrich Summermatter von der Allianz Zweitwohnungen Schweiz sehr dezidiert: «Wir wehren uns gegen zusätzliche Abgaben. Eine Zweitwohnungssteuer kommt einem Raubzug auf die Besitzer von Ferienwohnungen gleich.» Bereits heute würden die Eigentümer einen hohen Beitrag an die lokale Wirtschaft und Bevölkerung leisten, es sei nicht richtig, diese Gruppe für Fehlentwicklungen in den Touris-

musdestinationen verantwortlich zu machen.

Im Kreuzfeuer der Kritik stand vor allem die Gemeinde Silvaplana, die bereits 2010 eine Zweitwohnungssteuer für nicht vermietete Wohnungen beschlossen hatte. Für Gemeindepräsidentin Claudia Troncana ist diese Abgabe nötig, um die von der Gemeinde betriebene aktive Hotelförderungspolitik auch in Zukunft finanzieren zu können. Aus den allgemeinen Steuermitteln werde das aufgrund rückläufiger Erträge immer schwieriger. «Von

einem attraktiven Dorf mit einer funktionierenden Hotellerie profitieren auch die Zweitwohnungsbesitzer», sagte sie.

Ob die Gemeinde die Steuer überhaupt einführen kann, ist noch nicht entschieden. «Kürzlich wurde uns vom Bundesgericht beschieden, dass einem Entscheid nun nichts mehr im Wege steht», sagte sie. Auch noch offen ist die Frage, wie die Anschlussgesetzgebung zur Zweitwohnungsinitiative ausfällt. Dieses Thema wurde in Zürich ebenfalls diskutiert. **Seite 3**

Spitalfinanzierung: Regierung spricht ein Machtwort

Graubünden 9754 Franken dürfen die akutsomatischen Spitäler im Kanton Graubünden für die Behandlung von stationären Patienten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung berechnen. Dies rückwirkend auf den 1. Januar 2012. Im Bereich der hochspezialisierten Medizin ist eine Baserate von 11 300 Franken festgelegt worden. Dies schreibt die Standeskanzlei in einer Medienmitteilung vom vergangenen Mittwoch.

Der Basispreis (Baserate) ist der Betrag, der für eine stationäre Behand-

AZ 7500 St. Moritz

lung, deren Kostengewicht (Komplexität des Falls) 1.0 beträgt, anteilmässig von den Krankenversicherern und dem Kanton zu bezahlen ist. Dass der Kanton die Baserate festgelegt hat, ist darauf zurückzuführen, dass sich die Spitäler und Krankenversicherer mit einigen wenigen Ausnahmen nicht einigen konnten.

Gegen diese Festlegung steht den Spitälern und den Krankenversicherern die Beschwerdemöglichkeit vor dem Bundesverwaltungsgericht offen. Das Fallpauschalensystem, das seit 2012 gilt, funktioniert nach dem Grundsatz, dass für gleiche Leistung die gleiche Entschädigung erfolgt. Dies wiederum bedingt, dass der gleiche Basispreis der Berechnung der Fallpauschalen der einzelnen Spitäler zu Grunde gelegt wird. (pd/ep)

Nicht bloss leere Worthüllen

Ski-WM Will ich im Tal bleiben oder auswärts Karriere machen? Diese Frage stellen sich Engadiner Jugendliche früher oder später. An diesem Punkt setzen die Organisatoren der Ski-WM 2017 in St. Moritz an. Das Motto «Live the future – Lebe die Zukunft» soll laut OK-Präsident Hugo Wetzel nicht bloss ein leeres Wortgebilde bleiben. «Wir wollen die Jugendlichen ins Zentrum stellen und ihnen die Möglichkeit geben, ihre Zukunft selber zu gestalten.» Die Umsetzung davon begann während der Kandidaturphase: Zwei Engadiner Kinder waren Bestandteil der Präsentation am FIS-Kongress in Südkorea. Auch bei der Organisation des Anlasses selber sollen Jugendliche und junge Berufsleute eingesetzt werden und so einen Anreiz erhalten, ihr Leben im Engadin fortzusetzen. (aw) **Seite 3**

Alpigiada influenzada da l'ora

Agricoltura Bainbod vegnan s-chargiadas las alps in Engiadina e Val Müstair. Ils cheus d'alp Gian Sutter da Samedan (Alp Muntatsch ed Alp Prüma in Val Roseg), Anton à Porta da Scuol (Alp Astras Tamangur) e Beat Tschenett da Sta. Maria in Val Müstair (Alp Prasüra) fan ün prüm bilantsch davart la stagiun ad alp d'ingon. La prümavaira tardiva ha gnü per consequenza cha las alps han pudü gnir chargiadas in tuot las trais regiuns ün pa plü tard co normalmaing. Implü ha la süttina chi ha dat a la fin da lügl ed al principi d'avuost influenzà l'alpigiada: «In quel temp nun esa creschü plü ingün pavel süls pas-chs, la plövgia chi ha dat davo es gnüda massa tard per far crescher amo ün pa», dischan ils trais paur. Tuots suppuonan cha quist on correspuona a la media dals ons avant. (anr/fa) **Pagina 6**

Ouvra idraulica Tasnan sün buna via

Ardez/Ftan A partir d'october 2014 dess l'ouvra electrica Tasnan (OET) prodüer forza d'aua regenerabla per raduond 4400 chasadas. Ils cuosts per l'implant da l'Axpo Power SA s'amuntan a 25 milliuns francs. L'ouvra idraulica prodüa forza i'l möd permanent, vout dir, cha l'aua dal Tasnan nu vain arcunada, dimpersè sfrüttada curraintmaing. L'aua svesa deriva d'üna surfatscha da raduond 42 km² sül territori dals duos cumüns concessiunaris Ardez e Ftan. Tenor il manader da proget, Daniel Kressig da l'Axpo, resguarda il proget la quantità da l'aua restanta tenor la ledscha da protecciun da las auas. Inavant nu tanghescha il proget la vart sura da la Val Tasna chi's rechatta suot protecciun da la cuntrada. Il cussagl administrativ da las OET ha d'incuort dat ün'ögliada sül lö. (jd) **Pagina 7**



40037



Zweitwohnungen: «Wir brauchen rasche Rechtssicherheit»

Gemeindevertreter äussern sich vorsichtig optimistisch zum Gesetzesentwurf

Bis die Anschlussgesetzgebung zur Zweitwohnungsinitiative rechtskräftig ist, dürfte es noch einen Moment dauern. Vertreter von Gemeinden und Arbeitgebern beklagen heute schon die negativen Auswirkungen der Initiative. Die Unsicherheit ist gross.

RETO STIFEL

Ende Juni hat der Bundesrat die Vernehmlassung zum Ausführungsgesetz über Zweitwohnungen eröffnet. Noch bis am 20. Oktober haben Interessierte Zeit, sich zum Gesetz zu äussern. Nach Auswertung der Vernehmlassung wird die definitive Gesetzesvorlage erarbeitet, die dann in die eidgenössischen Räte kommt. Stimmen diese zu, besteht immer noch die Möglichkeit des Referendums. Wann das Gesetz in Kraft tritt, ist heute also noch völlig offen. Bis es soweit ist, hat die seit dem 1. Januar dieses Jahres wirksame Verordnung über Zweitwohnungen Gültigkeit.

Trotz dieser Verordnung: «Wir brauchen rasche Rechtssicherheit», sagte die Urner Landesstatthalterin Heidi

Z'graggen anlässlich der von der Churer Grischconsulta und der Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete organisierten Fachtagung Zweitwohnungen in Zürich. Sie sprach damit wohl einer Mehrzahl der anwesenden Gemeindevertreter, Touristiker und Unternehmer aus dem Herzen.

Emotionale Voten

Dass die Wunden, die die Annahme der Weber-Initiative am 11. März 2012 aufgerissen hatte, bei den Verlierern der Abstimmung noch längst nicht verheilt sind, zeigten verschiedene Statements von Tagungsteilnehmern und Referenten. «4000 bis 12000 Arbeitsplätze werden verloren gehen, ist ihnen das egal?», fragte ein Votant. Ein Vertreter einer Berner Oberländer Gemeinde sprach davon, dass die Berggebiete wegen dieser Initiative vor die Hunde gehen. Und ein Dritter monierte, dass im Unterland masslos weitergebaut werde, während man in den Bergen brutal den Riegel geschoben habe.

Adressat der Vorwürfe war Felix Wirz, Berater Politik der Fondation Franz Weber. Er bestritt nicht, dass die Annahme der Initiative sehr direkte Auswirkungen haben wird. «Das war eine Notbremse und da schüttelt es einen ziemlich durch», sagte er. Die Aus-



Geschlossene Fensterläden möchte niemand: Mit Spannung wird die Anschlussgesetzgebung zur Zweitwohnungsinitiative erwartet. Das könnte noch eine Zeit lang dauern.

Foto: Marie-Claire Jur

«Zusammenarbeit hat sich enorm verbessert»

Während in der Frage der Zweitwohnungssteuer die Fronten verhärtet sind, scheint sich das Verhältnis zwischen Zweitwohnungsbesitzern und Gemeinden vielerorts entspannt zu haben. Diesen Eindruck konnte man an der Fachtagung in Zürich gewinnen. «Bei der Gemeinde Zuoz ist der Fünfer gefallen», sagte Eliane Schleiffer vom Förderverein Sessellifte Zuoz. Man werde angehört und mit Informationen versorgt. Für Heinrich Summermatter vom schweizerischen Dachverband der Zweitwohnungsbesitzer gibt es «schlimme» und gute Beispiele. «Po-

sitiv ist, wenn wir als Ansprechpartner ernst genommen werden», sagte er. Und für Christoph Locher vom Verein Zweitwohnungsbesitzer Davos ist die Wichtigkeit der Zweitwohnungs-eigentümer klar erkannt worden. Asche auf sein Haupt streute der Zermatter Gemeindepräsident Christoph Bürgin. «Es war ein Fehler, das Gespräch mit den Zweitwohnungsbesitzern nicht gesucht zu haben. Das sind nämlich für uns sehr gute Gäste.» In einem zweiten Teil zur Fachtagung wird in der EP vom Samstag der touristische Aspekt der Zweitwohnungen beleuchtet. (rs)

wirkungen seien den Initianten nicht gleich. Allerdings trage die Politik eine Mitverantwortung, sie habe es nicht geschafft, einen griffigen Gegenvorschlag zu formulieren. Wirz warnte auch davor, sämtliche wirtschaftlichen Probleme nun einfach mit der Zweitwohnungsinitiative in Verbindung zu bringen. Er verwies darauf, dass Bauen ja nach wie vor möglich sei und es in der Schweiz viel Nachholbedarf bei Sanierungen gebe.

In der Diskussionsrunde wurde allerdings angezweifelt, ob Besitzer von Hotels und Ferienwohnungen überhaupt bereit oder fähig seien, Geld für Sanierungen in die Hand zu nehmen. Einig war man sich, dass sich der Staat bei der Finanzierung nicht aus der Verantwortung stehlen darf. Für Heidi

Z'graggen ist beispielsweise eine Anschubfinanzierung seitens des Bundes denkbar.

Besitzstandgarantie ist zentral

Angesichts der Zusammensetzung der Teilnehmer der Fachtagung war es nicht ganz überraschend, dass der in der Vernehmlassung steckende Gesetzesentwurf bei einer Mehrheit auf Zustimmung stösst. «Wenn das Gesetz so durch die Räte kommt, sind wir glücklich», sagte beispielsweise der Bauverwalter der Gemeinde Saanen, Adrian Landmesser. Für die Silvaplanner Gemeindepräsidentin Claudia Tronca ist vor allem wichtig, dass die Besitzstandswahrung für altrechtliche Wohnungen gewährleistet bleibt. «Das bringt gerade auch Einheimischen, die

eine solche Wohnung haben, Sicherheit», sagte sie. Für den Zermatter Gemeindepräsidenten Christoph Bürgin ist klar was passiert, wenn die Besitzstandgarantie fehlt. «Dann gibt es Krieg», sagte er.

Ob die Initianten den Gesetzesentwurf auch so positiv beurteilen, war an der Tagung nicht zu hören, scheint aber wenig wahrscheinlich. Bei der jetzt vorgeschlagenen Lösung wird die Zweitwohnungsinitiative nicht so strikt ausgelegt, wie das Vertreter der Tourismusgemeinden zuerst befürchtet haben. Unter gewissen Voraussetzungen können Zweitwohnungen auch in Gemeinden gebaut werden, die die 20-Prozent-Quote bereits erreicht haben.

Das Gesetz und die Erläuterungen dazu gibt es auf www.are.admin.ch, Dossier Zweitwohnungen.

«Live the future»: Den Worten sollen Taten folgen

Bei der Ski-WM 2017 setzen die Organisatoren in punkto Innovation auf die Jugend

Junge Gesichter, moderne Anlagen – alles neu macht die Ski-WM 2017. In einer Informationsveranstaltung orientierte die Gemeinde über den geplanten Kredit von 11,95 Millionen.

ALEXANDRA WOHLGENSINGER

Pistenkorrekturen, verschiedene Renovationen der bestehenden Anlagen, neue Beschneigungssysteme und Verbesserungen der gemeindeeigenen Infrastrukturen; bevor die Ski-WM im Jahr 2017 erfolgreich durchgeführt werden kann, wird die Gemeinde St. Moritz erst einmal zur Kasse gebeten. Der Kredit, der am 24. November vor den Souverän kommt, beläuft sich auf 11,95 Millionen Franken. Darüber wurden die St. Moritzer Stimmbürger neben den Themen «Höhentrainingszentrum» und «Totalrevision des Tourismusgesetzes» vergangenen Dienstag an einer Informationsveranstaltung orientiert. Einer der grössten Posten ist die neue Beschneigungsanlage für 3,4 Millionen Franken, was laut Gemeindepräsident Sigi Asprien immer wieder für Diskussionen Sorge. Wieso bezahlt die Gemeinde den Bergbahnen die Infrastruktur? Sind die alten An-

lagen nicht mehr gut genug? «Neue Anlagen sind unerlässlich, da nur mit modernen Systemen die Schneesicherheit anfangs Dezember schon gegeben ist», so Asprien. Bezahlen müssten diese aber nicht die privatisierten Bergbahnen, sondern die Gemeinde. «Aufgrund eines Baurechtsvertrages, in welchem wir uns verpflichtet haben, die Beschneigungskosten der Rennpisten zu übernehmen.» Die Bergbahnen beteiligen sich an den Kosten insofern, dass sie die damit verbundenen und von ihnen geleisteten Betriebs- und Arbeitskosten nicht verrechnen.

Diese neuen Beschneigungsanlagen seien gut, ein Vermächtnis, sagte Roberto Trivella, Chef Bauten der Ski-WM 2003. Ansonsten erntete das OK Kritik: «2017 ist lediglich eine Kopie von 2003.» Keine sicherheitstechnischen Neuerungen, wie beispielsweise grössere Unterführungen, kein beleuchteter Slalomhang; «Die Innovation fehlt», so der Vorwurf von Trivella, der in dieser Hinsicht auch die NIV-Charta (Nachhaltigkeit, Innovation, Vermächtnis) erwähnte. Diese war auch bei Olympia 2022 immer wieder im Gespräch. «Die Charta war hinsichtlich der Ski-WM bis jetzt noch kein Thema», sagte OK-Präsident Hugo Wetzel. Der Fokus in punkto Innovation bei dieser WM liege bei der Jugend. «Sie soll ins Zentrum gestellt werden und die Möglichkeit erhalten,

ihre Zukunft zu gestalten.» Konkret arbeitet das OK an verschiedenen Umsetzungsmöglichkeiten. So ist beispielsweise ein zusätzliches Jugend-OK geplant, «auf nationaler Ebene», so Wetzel. «Wir wissen zurzeit noch nicht konkret, in welchem Alter die Jugendlichen sein sollten, da sie sich in den nächsten vier Jahren noch stark weiterentwickeln werden.» Weitere Projektideen würden momentan ausgearbeitet.

Junge Menschen in die Planung mit einzubeziehen, ist auch für den Kommunikationsverantwortlichen der Ski-WM, Roberto Rivola, essenziell. Anstatt erfahrene Mitarbeiter einzustellen, setzt er auf junge Studienabgänger. «Die Zusammenarbeit ist sehr spannend. Wir können gegenseitig voneinander profitieren.» Die Jungen lernen, Grossanlässe zu organisieren. Im Gegenzug dazu können die älteren Semester beispielsweise in Sachen Social Media aus dem Erfahrungsschatz der jüngeren schöpfen.

Die «Nachwuchsförderung» bei der WM-Organisation ist laut Rivola auch ein Modell, welches sich auf andere Veranstaltungen, wie beispielsweise ein nationales Schwingfest, übertragen lässt. «Wissen die Jungen, wie solche Grossanlässe initiiert und umgesetzt werden, so haben sie einen weiteren Anreiz, im Tal zu bleiben.»



«Die Jugend soll im Zentrum stehen. Mit dem Zeichenwettbewerb bei der Kandidatur ist es nicht getan», so Hugo Wetzel. Illustration: Anuscha Sacks